



Willy Buschak von der Europäischen Stiftung für verbesserte Arbeitsbedingungen in Dublin: „Europabetriebsräte haben noch wenig Einfluss auf Konzernentscheidungen.“ Foto: Gremer

„Angst vor Eurobetriebsrat unnötig“

Konzerne kommen ihrer Informationspflicht nur ungern nach

Monika Bachhofer

Wien - Die Angst multinationaler Konzerne vor Europabetriebsräten stellt sich als grundlos heraus. Hatten Unternehmen mit europaweiten Strukturen diese lange als

„Einfallstor für grenzüberschreitende Kollektivverträge“ gefürchtet, winkt Willy Buschak, Direktor der Europäischen Stiftung für verbesserte Arbeitsbedingungen in Dublin, im STANDARD-Interview nun ab. Aktuelle Fallstudien zeigen vielmehr, dass Europabetriebsräte derzeit immer noch „wenig Einfluss auf Unternehmensentscheidungen“ nehmen können.

Infos über - vom Management bereits abgesegnete - Entscheidungen werden zwar kommuniziert, ein Dialog im Vorfeld zukünftiger Pläne der Unternehmensleitung bleibe jedoch die Ausnahme, stellt Buschak mit Blick auf europaweite Praxis fest.

Die Firmen begründen ihre Zurückhaltung damit, dass solche Informationsprozesse „schnelle Management-Entscheidungen behindern bzw. Börsenvorschriften die Weitergabe von Infos an so genannte Betriebsfremde wegen drohender Insidergeschäfte verbieten würden“. Im Zusammenhang mit größeren Umstrukturierungen können die Europabetriebsräte deshalb oft nur mehr um eine Verschärfung einschneidender Maßnahmen kämpfen. Ein Beispiel: Statt der geplanten vollständigen Schließung wurde bei Renault Vilevoorde mit 200 Jobs ein kleiner Teil der Belegschaft gehalten.

Arbeitnehmervertretern wie Karl-Heinz Nachtnebel, im Österreichischen Gewerkschaftsbund für internationale Verbindungen zuständig, ist

das zu wenig. Er hält eine Verschärfung der Sanktions- und Klagsmöglichkeiten für notwendig, um europaweit tätige Firmen leichter zu einer umfassenden und rechtzeitigen Infopflicht anzuhalten. Es sei Zeit, die geltende EU-Richtlinie zu revidieren und das dort festgeschriebene Informationsrecht zu stärken, meint Nachtnebel.

Ziel in Österreich sei es zudem, die Zahl der Europabetriebsräte vor allem in Unternehmen mit großen Niederlassungen in Osteuropa zu steigern. Druck in diese Richtung sollen vor allem die Konzerne des Bau- und Dienstleistungsbereiches, wie Banken und Versicherungen, bekommen.

Derzeit haben rund 15 Firmen mit Hauptsitz in Österreich, wie etwa Zumtobel, Porr, Mayr-Melnhof, RHI, die OMV oder die Erste Bank, einen Eurobetriebsrat vorzuweisen. Das repräsentiert rund 36 Prozent aller der dafür infrage kommenden Unternehmen, was, so Buschak, im Europa-Vergleich durchaus „gutes Mittelmaß“ ist.